

# Der Vollzugsdienst

6/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Auch die zweite Verhandlungsrunde mit der TdL blieb ohne Ergebnis**

Beschäftigte müssen bereit sein, für ihre Forderungen zu kämpfen

Seite 6

**Muss Arbeit Spaß machen? Wohin entwickeln sich die Berufe im Justizvollzug?**

Antworten der Gewerkschaft waren gefragt

Seite 9

**Gezielt attackiert – „Die rote Linie ist schon lange überschritten“**

Nächtlicher Anschlag auf private Fahrzeuge vor der JVA Fuhlbüttel

Seite 28



**Der BSBD protestiert!**



HESSEN



RHEINLAND-PFALZ



SACHSEN-ANHALT

# INHALT


## BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Der BSBD ruft seine Mitglieder zu Protestaktionen auf
- 3 Besorgniserregende Entwicklungen in den Justizvollzugsanstalten
- 3 BSBD bemängelt die fehlende Zusammenarbeit mit dem BMJ
- 4 Weihnachtsgruß der Bundesleitung
- 5 Einkommensrunde 2023: „Die Auftaktrunde war enttäuschend“
- 6 Auch die 2. Verhandlungsrunde ohne Ergebnis
- 7 Bundessenienerkongress tagte in Berlin
- 8 Junge Liberale meets jungen BSBD
- 9 Muss Arbeit Spaß machen ...?
- 10 „Grenzenlos kriminell?“ „Ist eine weitere EU-Erweiterung sinnvoll?“

## LANDESVERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 21 Berlin
- 26 Brandenburg
- 28 Hamburg
- 32 Hessen
- 38 Mecklenburg-Vorpommern
- 42 Niedersachsen
- 46 Nordrhein-Westfalen
- 60 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 69 Sachsen
- 73 Sachsen-Anhalt
- 78 Schleswig-Holstein
- 85 Thüringen
- 83 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@bsbd-bund.de">rene.mueller@bsbd-bund.de</a> <a href="http://www.bsbd.de">www.bsbd.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Horst Butschinek	<a href="mailto:horst.butschinek@bsbd-bund.de">horst.butschinek@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Sönke Patzer	<a href="mailto:soenke.patzer@bsbd-bund.de">soenke.patzer@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Alexander Sammer	<a href="mailto:alexander.sammer@bsbd-bund.de">alexander.sammer@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>	Dörthe Kleemann	<a href="mailto:doerthe.kleemann@bsbd-bund.de">doerthe.kleemann@bsbd-bund.de</a>
<b>Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung</b>	Martin Kalt	<a href="mailto:martin.kalt@bsbd-bund.de">martin.kalt@bsbd-bund.de</a>
<b>Geschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · <a href="mailto:post@bsbd.de">post@bsbd.de</a>	
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>	
<b>Baden-Württemberg</b>	Michael Schwarz	<a href="mailto:bsbdschwarz@web.de">bsbdschwarz@web.de</a> <a href="http://www.bsbd-bw.de">www.bsbd-bw.de</a>
<b>Bayern</b>	Alexander Sammer	<a href="mailto:post@jvb-bayern.de">post@jvb-bayern.de</a> <a href="http://www.jvb-bayern.de">www.jvb-bayern.de</a>
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	<a href="mailto:mail@bsbd-berlin.de">mail@bsbd-berlin.de</a> <a href="http://www.bsbd-berlin.de">www.bsbd-berlin.de</a>
<b>Brandenburg</b>	Dörthe Kleemann	<a href="mailto:geschaeftsstelle@bsbd-brb.de">geschaeftsstelle@bsbd-brb.de</a> <a href="http://www.bsbd-brb.de">www.bsbd-brb.de</a>
<b>Bremen</b>	Sven Stritzel	<a href="mailto:sven.stritzel@jva.bremen.de">sven.stritzel@jva.bremen.de</a>
<b>Hamburg</b>	René Müller	<a href="mailto:rene.mueller@lvhs-hamburg.de">rene.mueller@lvhs-hamburg.de</a> <a href="http://www.lvhs-hamburg.de">www.lvhs-hamburg.de</a>
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	<a href="mailto:vorsitzende@bsbd-hessen.de">vorsitzende@bsbd-hessen.de</a> <a href="http://www.bsbd-hessen.de">www.bsbd-hessen.de</a>
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Matthias Nicolay	<a href="mailto:mpaape@onlinehome.de">mpaape@onlinehome.de</a> <a href="http://www.bsbd-mv.de">www.bsbd-mv.de</a>
<b>Niedersachsen</b>	Oliver Mageney	<a href="mailto:oliver.mageney@vnsb.de">oliver.mageney@vnsb.de</a> <a href="http://www.vnsb.de">www.vnsb.de</a>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Horst Butschinek	<a href="mailto:horst.butschinek@bsbd-bund.de">horst.butschinek@bsbd-bund.de</a> <a href="http://www.bsbd-nrw.de">www.bsbd-nrw.de</a>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Mark Schallmo Stefan Wagner	<a href="mailto:mail@bsbd-rlp.de">mail@bsbd-rlp.de</a> <a href="http://www.bsbd-rlp.de">www.bsbd-rlp.de</a>
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	<a href="mailto:M.Wollscheid@justiz.saarland.de">M.Wollscheid@justiz.saarland.de</a>
<b>Sachsen</b>	Thomas Porr	<a href="mailto:thomas.porr@bsbd-sachsen.de">thomas.porr@bsbd-sachsen.de</a> <a href="http://www.bsbd-sachsen.de">www.bsbd-sachsen.de</a>
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert	<a href="mailto:mario.pinkert@bsbd-isa.de">mario.pinkert@bsbd-isa.de</a> <a href="http://www.bsbd-isa.de">www.bsbd-isa.de</a>
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	<a href="mailto:hinrichsen@bsbd-sh.de">hinrichsen@bsbd-sh.de</a> <a href="http://www.bsbdsh.de">www.bsbdsh.de</a>
<b>Thüringen</b>	Ronny Rüdiger	<a href="mailto:post@bsbd-thueringen.de">post@bsbd-thueringen.de</a> <a href="http://www.bsbd-thueringen.de">www.bsbd-thueringen.de</a>

**REDAKTIONSSCHLUSS**

Ausgabe 1: 15. Januar 2024



**ERSCHEINUNGSTERMIN**

Ausgabe 1: 15. Februar 2024



# Der BSBD ruft seine Mitglieder zu Protestaktionen auf

Aktionstag Justizvollzug – Kundgebung vor der Justizministerkonferenz in Berlin



Fotos (5): Friedhelm Windmüller, dbb

Seit dem 26.10.2023 liegen die Forderungen der Gewerkschaften in der Tarifrunde 2023 zum TV-L auf dem Tisch. 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro, sowie u. a. die Pflegezulage für das medizinische Personal im Justizvollzug gehören zu den geforderten Gehaltsverbesserungen für die Tarifbeschäftigten der Länder. Statt die Chance seitens der Verhandlungsführer der TdL zu nutzen, sich der Vorschläge anzunehmen und den Beschäftigten und Beamtinnen/Beamten der Länder mit Wertschätzung gegenüber zu treten, liegt seitens der TdL (Stand 20.11.23) nicht einmal ein Angebot vor.

Der BSBD wertet dies als Ignoranz und mangelnden Respekt gegenüber den Beschäftigten und rief seine Mitglieder zu Protestaktionen auf. Selbstverständlich beteiligte sich der BSBD dabei an

den Aktionen des dbb und tarifunion und initiierte dabei auch eigene Proteste. Dem BSBD ist es wichtig, dass gerade für den Justizvollzug spürbare Verbesserungen in den Tarifvertrag der

Länder eingepflegt werden, um im Vergleich zu anderen Behörden und zur Wirtschaft im Ringen um geeignete Bewerber wettbewerbsfähig zu bleiben. Eindrucksvoll beteiligten sich die meisten Landesverbände am Aktionstag Justizvollzug und begleiteten die Kampagne des BSBD in Social-Media.

Durch diese spezifischen Aktionen will der BSBD die Öffentlichkeit über die schwere und gefährliche Arbeit mit Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten informieren und auf die spürbare Notlage hinweisen. Dabei geht es vordringlich um die öffentliche Sicherheit, die der Justizvollzug durch seine Arbeit gewährleistet. Der medienwirksame Aktionstag Justizvollzug brachte die erforderliche Aufmerksamkeit dank der Kolleginnen und Kollegen, die sich daran beteiligten.

Ein zweites Ausrufezeichen setzte der BSBD mit seiner Protestaktion anlässlich der in Berlin am 10. November 2023 stattgefundenen Justizministerkonferenz (JuMiKo). Mit Beteiligung des dbb und der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG) wurde die Kundgebung vor dem Tagungsort der JuMiKo durchgeführt. Der Bundesvorsitzende



BSBD Bundesvorsitzender René Müller (r.) übergab ein Schreiben an die Vorsitzende der Justizministerkonferenz, Berlins Justizsenatorin Frau Dr. Felor Badenber, in dem die Probleme und Erwartungen der Mitarbeiter des Justizvollzuges dargelegt werden.



Die Berliner Justizsenatorin Frau Dr. Felor Badenberg, äußerte Verständnis für die den Ruf nach spürbaren Verbesserungen im Justizvollzug .

des **BSBD Müller** übergab an die Vorsitzende der Justizministerkonferenz (Berlins Justizsenatorin Frau **Dr. Felor Badenberg**) ein Schreiben, in dem die Probleme und Erwartungen der Mitarbeiter des Justizvollzuges exemplarisch dargelegt werden.

In den Kundgebungsreden vom stellv. Bundesvorsitzenden **Volker Geyer (dbb Fachvorstand Tarif)** und dem **BSBD Bundesvorsitzenden René Müller** wurden die realistischen Lohnforderungen bekräftigt und die allgemeine Lage des öffentlichen Dienstes der Länder, der Justiz und im speziellen die des Justizvollzuges geschildert, sowie die ignorante Haltung der Verhandlungsführer

der **TdL** gerügt. Viele Justizministerinnen / Senatorinnen und Justizminister der Länder ergriffen die Gelegenheit und gingen zu den Protestierenden zum persönlichen Gespräch.

Die Berliner Justizsenatorin **Dr. Felor Badenberg** und die Hamburger Justizsenatorin **Frau Gallina** richteten sich per Redebeitrag an die Kundgebungsteilnehmer. In ihren kurzen Statements wiesen auch sie auf die schwierige Gesamtlage im Justizvollzug hin und bezeugten ihr Verständnis für die Situation und den Ruf nach spürbaren Verbesserungen für die Mitarbeiter/innen in den Justizvollzugsanstalten und sagten Unterstützung zu.

Es wurde sehr deutlich, dass zahlreiche weitere Justizminister\*innen die Anliegen ihrer Mitarbeitenden unterstützen und für eine Verbesserung der Lage im Justizvollzug eintreten.

Dies wurde in den persönlichen Gesprächen und durch die Nahbarkeit zu den Kolleginnen und Kollegen betont. Sie setzten damit ihrerseits Zeichen von Verständnis für die vorliegenden Probleme und Empathie für die Mitarbeitenden der Justiz.

Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, zeigten beispielsweise die Justizministerinnen Thüringens (**Doreen Denstädt**) und Brandenburgs (**Susanne Hoffmann**).

Sie umgingen jede direkte Konfrontation und vermieden Gespräche mit den Teilnehmern der Kundgebung. Ein Auftreten, das hier nicht weiter kommentiert werden muss.

**Bundesjustizminister Dr. Buschmann ignoriert die Probleme der Justizvollzugsbediensteten**

Auch Bundesjustizminister **Dr. Marco Buschmann (FDP)** blieb seinem bisher ignoranten Verhalten gegenüber den Gewerkschaften treu. Die Probleme der Mitarbeitenden der Justiz und insbesondere des Justizvollzuges scheinen ihm offensichtlich zu trivial zu sein, als dass man sich derer annehmen müsste. Er vermied bei seinem Eintreffen sogar den Blickkontakt und goss somit Wasser auf die Mühlen der Skeptiker für seine Politik.

Sicherheitspolitik und damit der Justizvollzug sollte der Bundesregierung und vor allem dem Bundesjustizministerium wichtig sein.



Die Hamburger Justizsenatorin Frau Gallina wies in einem Redebeitrag an die Kundgebungsteilnehmer auf die schwierige Gesamtlage im Justizvollzug hin.

## Besorgniserregende Entwicklungen

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

als **Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD)** möchten wir Ihre Aufmerksamkeit auf die wachsenden Herausforderungen und drängenden Probleme in unseren Justizvollzugsanstalten lenken. Die besorgniserregenden Entwicklungen dort haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Es ist von höchster Priorität, diesen Angelegenheiten unverzüglich nachzugehen, um sowohl die Sicherheit unserer Mitarbeiter als auch den Schutz der Allgemeinheit, den unsere Anstalten gewährleisten, sicherzustellen.

1. **Gewalt in den Anstalten:** Ein Anstieg von Gewaltvorfällen gegenüber unseren Bediensteten gibt Anlass zur Sorge. Wir appellieren eindringlich an Sie, umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Trend entgegenzuwirken.
2. **Psychisch auffällige Gefangene:** Ein stetiger Zuwachs an psychisch auffälligen Gefangenen erfordert spezielle Betreuung und Sicherheitsvorkehrungen. Es ist essenziell, dass dies bei der Personalplanung und der Auswahl des Personals beachtet wird.
3. **Zusätzliche Aufgaben:** Geplante Gesetzesänderungen, etwa im Sanktionenrecht (§ 64 StGB) oder die Einführung von Unterbindungsgewahrsam und die einstweilige Unterbringung gemäß § 126a StPO, erhöhen die Arbeitslast signifikant. Eine Anpassung der personellen und materiellen Ressourcen ist unabdingbar.
4. **Vakante Stellen:** Es mangelt an Bewerbern für viele offene Stellen im Justizvollzug, die Attraktivität der Berufe in diesem Bereich hat deutlich gelitten. Es bedarf dringlicher Initiativen, um die Arbeitsplätze wieder attraktiver zu gestalten und den Justizvollzug zu einem interessanten Arbeitgeber zu machen.

Die kürzlich in Kooperation mit der Universität Speyer durch das BMI publizierte Umfrage untermauert unsere Bedenken und weist klar auf den Handlungsbedarf hin. Das Wohl unserer Bediensteten und die Interessen des Staates sind untrennbar miteinander verbunden.

### Der BSBD fordert daher:

- eine aufgabenorientierte Personalplanung in allen Bundesländern und die Besetzung aller offenen Stellen,
- eine Modernisierung der Entgeltordnung und der Laufbahnverordnungen, die die verschiedenen Berufsbereiche im Vollzug berücksichtigt und die Attraktivität merklich steigert,
- eine Anhebung der Entgeltgruppen im AVD nach TV-L 12.2 auf E 8 und E 9, sofern eine Verbeamtung nicht in Betracht kommt,
- arbeitgeberfinanzierte Berufsunfähigkeitsversicherungen für alle Angestellten im Justizvollzug,
- eine spezielle Zulage für Pflegepersonal in Justizvollzugseinrichtungen,
- eine Anpassung und deutliche Erhöhung der Zulagen für Schichtdienst, Dienst zu ungünstigen Zeiten und der Justizvollzugszulage,
- eine Sicherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Justizvollzugszulage in allen Bundesländern.

Abschließend möchten wir unterstreichen, wie essenziell es ist, den geschilderten Problematiken aktiv zu begegnen. Unsere Mitarbeiter leisten täglich wertvolle Arbeit unter schwierigen Bedingungen.

Es ist eine Aufgabe des Staates, für ihre Sicherheit, ihr Wohl und ihre finanzielle Anerkennung zu sorgen.

*René Müller*

*BSBD Bundesvorsitzender*

## BSBD bemängelt die fehlende Zusammenarbeit mit dem BMJ

Im Rahmen der AG Justiz des dbb trafen sich die Justizgewerkschaften mit der Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Bundestag, Frau Winkelmeier-Becker. (der dbb berichtete ausführlich)

Gerade vor dem Hintergrund der Zunahme subversiver Elemente in unserem Land und die Angriffe auf unseren Rechtsstaat (von innen und außen) sind Gespräche mit den demokratischen Parteien in unserem Land wichtig, um Probleme der inneren Sicherheit rechtzeitig aufzudecken, zu erkennen und abzustellen.

Nach wie vor bemängelt der BSBD die fehlende Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Justiz und das offensichtlich mangelnde Interesse des Bundesjustizministers **Dr. Buschmann** am deutschen Justizvollzug. Mit **Frau Winkelmeier-Becker** trafen die Vertreter der Justizgewerkschaften auf eine interessierte und aufgeschlossene Politikerin des Bundestages, die sich die Problematiken der unterschiedlichen



Justizbereiche ausführlich schildern ließ und Vorschläge zur Lösung entgegennahm. Vor allem die Zunahme der Gewalt gegen Bedienstete und der fortschreitende Personalmangel sowie

die aus Sicht des BSBD stetige Ausweitung von Aufgaben ohne Personalausgleich/Personalverstärkung waren Gegenstand des Gespräches zum Justizvollzug. ■

## Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Es ist von grundlegender Bedeutung, jedes Jahr mehr zu lernen als im Jahr davor.“

Peter Ustinov



Daher können wir rückblickend sagen ... Das Jahr 2023 war auch wieder herausfordernd – aber es hat uns an jedem Tag im Miteinander und Füreinander wachsen lassen. Der Fachkräftemangel wirbelt unsere gewohnten Prozesse gehörig durcheinander. Jedoch können wir mit Stolz feststellen, dass wir die diesjährigen Herausforderungen gut gemeistert haben – auch und ganz besonders Dank Eurer Einsatzbereitschaft zur Bewältigung der täglichen Aufgaben.

Das Jahr 2024 wird bestimmt auch die eine oder andere Überraschung bereithalten. Aber im Justizvollzug sind wir das ja gewohnt. Der **BSBD** wird wie in den Jahren zuvor mit Entscheidungsträgern im Sinne unserer Bediensteten verhandeln und diese beraten.

Wie in den Jahren zuvor wird der **BSBD** das Sprachrohr unserer Mitglieder im Justizvollzug sein.

### Zum Weihnachtsfest

frohe und besinnliche Stunden.

### Zum Jahresabschluss

Danke für die gute Zusammenarbeit und das erwiesene Vertrauen.

### Zum neuen Jahr

viel Glück, Gesundheit und Erfolg.

Die Bundesleitung wünscht Euch/Ihnen und Euren/Ihren Familien sowie den Leserinnen und Lesern des „VOLLZUGSDIENST“ besinnliche Weihnachtsfeiertage. Versucht, wenn möglich, die Probleme zumindest für die Feiertage auszublenden. Denn auch in 2024 werden wir Kraft und Zuversicht benötigen, um für andauernde und kommende Herausforderungen gerüstet zu sein. Allen Kolleginnen und Kollegen, denen an diesen Tagen kein Dienstfrei oder Urlaub vergönnt ist, wünschen wir ruhige und stressfreie Tage.

Eure  
Bundesleitung

## Einkommensrunde 2023:

# Sönke Patzer: „Die Auftaktrunde war enttäuschend“

Foto: Friedhelm Windmüller



TdL-Vorsitzender Dr. Andreas Dressel (2.v.l.) trifft Sönke Patzer, stellv. BSBD Bundesvorsitzender.

Berlin, 26. Oktober 2023 – Die Auftaktrunde der Einkommensrunde 2023 für den öffentlichen Dienst der Länder ist am Mittwoch in Berlin ohne ein Ergebnis zu Ende gegangen. Der **BSBD**, Fachgewerkschaft für den Strafvollzug, ist mit dem Ergebnis der Verhandlungsrunde unzufrieden. „Wir hatten uns mehr erwartet“, sagte der stellv. Bun-

desvorsitzende **Sönke Patzer**, der an der Verhandlungsrunde teilnahm. „Die TdL hat jeglichen Willen vermissen lassen.“ Die TdL, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder, hatte in der Auftaktrunde kein Angebot vorgelegt. **Patzer** kritisierte, dass die TdL die Personalprobleme im öffentlichen Dienst nicht ernst nehme. „Wir brauchen eine deut-

liche Erhöhung der Einkommen, um die Beschäftigten zu halten und zwingend neue Kräfte zu gewinnen.“

Der **BSBD** will in den weiteren Verhandlungsrunden weiter auf seine Forderungen bestehen. „Wir werden nicht nachgeben“, sagte **Patzer**. Die Gewerkschaften sehen die Aussage „Abgelehnt, weil unbezahlbar“ als Unverständnis für die Situation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

In den weiteren Verhandlungsrunden wird sich zeigen, ob die Gewerkschaften ihre Forderungen durchsetzen können.

Alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, und wenn wir von allen reden, dann sind Angestellte wie auch verbeamtete Kolleginnen und Kollegen gemeint, müssen nun an einem Strang ziehen, um die Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen.

**Tarifpolitik ist Machtpolitik, und wenn die Beschäftigten nicht bereit sind, für ihre Rechte einzustehen, werden sie auch nicht erreicht.**

Die Gewerkschaften haben bereits angekündigt, dass sie in den nächsten Verhandlungsrunden zu Protestaktionen aufrufen werden. Es ist wichtig, dass sich möglichst viele Beschäftigte



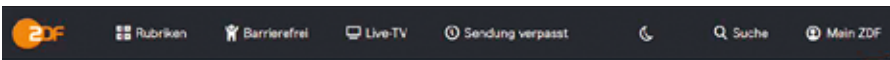
Foto: Friedhelm Windmüller



Foto: Friedhelm Windmüller



Foto: Friedhelm Windmüller



Tarifverhandlungen: Warnstreiks drohen



Quelle: ZDFmediathek

an diesen Aktionen beteiligen, um den Arbeitgebern zu zeigen, dass sie ernst genommen werden.

Und zum Verständnis: Eine Inflationszahlung ist eine kurzfristige Lösung, die das strukturelle Problem der Unterbezahlung im öffentlichen Dienst nicht behebt. Eine höhere prozentuale Forderung würde den Beschäftigten langfristig mehr Geld bringen und auch dazu beitragen, den Abstand zum Bund und den Kommunen zu verringern.

Ich hoffe, dass sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den nächsten Verhandlungsrunden geschlossen hinter die Forderungen der Gewerkschaften stellen. Nur so kann eine faire und angemessene Erhöhung der Einkommen und aller weiteren Forderungen erreicht werden.

Sönke Patzer  
stellv. BSBD Bundesvorsitzender

## Auch die 2. Verhandlungsrunde ohne Ergebnis

Alle Beschäftigten müssen nun bereit sein, für ihre Forderungen zu kämpfen



Die zweite Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder ist ohne Ergebnis geblieben. Die Arbeitgeber, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), haben erneut kein Angebot vorgelegt.

Dieses Ergebnis ist ein Affront gegenüber den Beschäftigten und ihrer Arbeit. Die Beschäftigten haben ein Recht darauf, angemessen bezahlt zu werden und in einem Umfeld zu arbeiten, das

ihre Gesundheit und ihre Sicherheit schützt. Ich halte die Warnstreiks für einen wichtigen Schritt im Kampf der Beschäftigten für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Wertschätzung.

Ich hoffe, dass die Arbeitgeber die Ernsthaftigkeit der Lage im öffentlichen Dienst der Länder und vor allem im Justizvollzug endlich erkennen und ein faires Angebot für die Beschäftigten unterbreiten. **Alle Beschäftigten müssen nun bereit sein, für ihre Forderungen zu kämpfen.** Die Warnstreiks

sollen den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen, um endlich ein faires Angebot zu erzwingen.

**An alle Kolleginnen und Kollegen, verbeamtet oder nicht: Wenn ihr wollt, dass man eure Forderungen ernst nimmt und diese erfüllt werden sollen, so seid nun ihr alle gefordert. Auch alle, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Ihr seid genauso gefordert.**

Die Forderungen der Gewerkschaften sind fair und angemessen. Sie fordern eine Einkommenserhöhung um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro, bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Nachwuchskräfte sollen 200 Euro mehr erhalten und Auszubildende unbefristet übernommen werden.

Diese Forderungen sind notwendig, um die Inflation auszugleichen und die Löhne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder an die Lebenshaltungskosten anzupassen.

Sie sind auch notwendig, um die Beschäftigten für ihre Arbeit zu wertschätzen und ihnen die Anerkennung zu geben, die sie verdienen.

**Die Warnstreiks sind ein wichtiges Signal an die Arbeitgeber. Sie zeigen, dass die Beschäftigten bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen. Ich hoffe, dass die Arbeitgeber dieses Signal verstehen und endlich ein faires Angebot unterbreiten.**

Sönke Patzer  
stellv. BSBD Bundesvorsitzender





## Bundesseniorenkongress tagte in Berlin

**Zum 3. Bundesseniorenkongress waren die Seniorenvertreter/innen des dbb nach Berlin ins dbb forum eingeladen.**

Insgesamt fast 200 Kolleginnen und Kollegen, davon fast 130 stimmberechtigte Seniorenvertreter\*innen, waren der Einladung gefolgt. Auf sie wartete eine Menge Arbeit.

Neben 148 Anträgen, die beraten und verabschiedet werden mussten, standen auch Neuwahlen an. Auch die organisatorischen Angelegenheiten wurden professionell vom Präsidium mit den Delegierten abgehandelt.

Dann standen die Neuwahlen an. Mit einem sehr guten Ergebnis wurde **Dr. Horst Klitzing** erneut zum Vorsitzenden gewählt. Vertreten wird er von dem alten und neuen Vize **Norbert Lütke**.

Zu weiteren stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: **Thomas Krupp**, **Max Schindlbeck** und **Anke Schwitzer**. **Kollege Krupp** wurde neu in dieses Gremium gewählt. Einstimmig wurde Kollege **Klaus-Dieter Schulze** zum Ehrenmitglied gewählt. Anschlie-

ßend wurde über die Vielzahl der eingereichten Anträge abgestimmt. Dank der guten Vorarbeit der Antragskommission erfolgte auch hier die Abarbeitung sehr zügig. Sehr erfreulich war, dass von den

acht von der **BSBD** Bundesseniorenvertretung eingebrachten Anträgen, sieben mit großer Zustimmung angenommen wurden, ein Antrag wurde als Arbeitsmaterial angenommen. ■



**SIGNAL IDUNA**   
füreinander da

## In Sachen Pflege kommt es auf das richtige Produkt an.

Im Fall der Pflegebedürftigkeit sollten Sie auf so wenig wie möglich verzichten müssen.

Wer möchte schon seinen gewohnten Lebensstandard aufgeben? Bei krankheits- oder unfallbedingter Pflegebedürftigkeit kann das schnell passieren. Mit einer Pflegezusatzversicherung von SIGNAL IDUNA können Sie auch in Zukunft selbstbestimmt handeln. Sorgen Sie rechtzeitig vor.



**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
Unternehmensverbindungen  
Öffentlicher Dienst  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
oed-info@signal-iduna.de



## Junge Liberale meets jungen BSBD

Konsequente Rechtdurchsetzung soll nicht nur ein Wahlversprechen bleiben



Philipp Weimann.

Foto: BSBD



Vivian Wernet.

Foto: BSBD



Nemir Ali.

Foto: www.fdp.de

**N**emir Ali, stellvertretender Vorsitzender der jungen Liberalen, folgte der Einladung der BSBD Jugend und Ende September kam es zu einem Online-Treffen zwischen dem Vorsitzenden Philipp Weimann aus Baden Württemberg und der Stellvertreterin Vivian Wernert aus Hamburg.

Der 27-jährige Nemir Ali studierte Rechtswissenschaften in Osnabrück. Innerhalb seines Referendariats hatte er bereits Berührungspunkte mit dem Justizvollzug, da er innerhalb der JVA Osnabrück bereits einige Eindrücke über „die ganz eigene Welt hinter großen Mauern“ sammeln konnte. So kam es, dass die im Gespräch erwähnten Probleme des Vollzugs für ihn keine

Überraschung waren. ... Nemir Ali nahm sich Zeit für uns. Zeit zuzuhören, Fragen zu stellen und zusammen wurde über Möglichkeiten gesprochen, den Rechtsstaat zu stärken und die Attraktivität der Berufe im Justizvollzug zu verbessern.

Ein zentralisiertes Bundesgefängnis, in dem Straftäter und Täterinnen untergebracht werden würden, die in Karlsruhe gerichtet werden, würde beispielsweise den Vollzug in jedem Bundesland entlasten.

Transporte müssten nicht mehr organisiert und begleitet werden und Trennungen der Gefangenen untereinander könnten leichter gewährleistet werden.

Auch wurde rege darüber diskutiert, ob der Föderalismus im Strafvollzug noch Vorteile hat und ob der dadurch

resultierende Wettbewerb im öffentlichen Dienst wirklich förderlich für die Nachwuchsgewinnung ist. Die Unterschiede innerhalb der Zulagen, den Gehältern und der Krankenversicherungsmöglichkeiten seien zwischen den Bundesländern merklich groß.

Philipp Weimann und Vivian Wernet von der BSBD Jugend machten den jungen Politiker auch darauf aufmerksam, dass der bereits bestehende eklatante Mangel an Personal und der immer schwieriger werdende Umgang mit den Strafgefangenen in den kommenden Jahren ein nicht zu unterschätzendes Problem der inneren Sicherheit in Deutschland werden wird.

Die Anzahl der psychisch auffälligen Gefangenen steigt, die Anzahl an Strafvollzugsbediensteten und Therapeuten in den Gefängnissen hingegen nicht.

Die jungen Liberalen stehen für einen modernen Staat, bei dem die schnelle und konsequente Rechtdurchsetzung nicht nur ein Wahlversprechen bleiben soll. Sie setzen sich verstärkt für Rückführungsabkommen von Straftätern ein, eine transparente Einwanderungspolitik und stehen als Partei positiv zu der Legalisierung von Cannabis, da es „die Justiz entlasten würde“.

Nemir Ali ist bewusst, dass die Aufstockung von Gehalt und Zulagen innerhalb des Vollzugs nicht nur längst überfällig ist, sondern auch das Ansehen des Berufsumfelds massiv verbessert werden muss.

Wir hoffen, dass der junge Politiker unsere Unterhaltung nicht vergisst und die Gesellschaft Sicherheit nicht dann ernst wahrnimmt, wenn sie nicht mehr gewährleistet werden kann. ■



Foto: Dietmar Schäfer/stock.adobe.com

Ein zentrales Bundesgefängnis, in dem Straftäter und Straftäterinnen untergebracht werden können die in Karlsruhe gerichtet werden, würde den Vollzug in jedem Bundesland entlasten.

Neue Entwicklungen aus dem Bereich der Arbeitswelt

## Muss Arbeit Spaß machen? ...

... so lautete die Überschrift des ersten Seminars nach der Sommerpause des BSBD Seminarangebotes. Gefragt war die Antwort der Gewerkschaft auf die neuen Entwicklungen auf dem Gebiet der Arbeitswelt. Eingelesen hatte der Bundesseminarleiter Winfried Conrad nach Hennef in das dortige Euro Park Hotel.

Der Einladung waren eine Kollegin und weitere Kollegen aus sieben Bundesländern gefolgt. Nach der schon obligatorischen Vorstellungsrunde wurde in die Seminarthematik eingestiegen.

Den Beginn machte als Referentin Anette Rüth. Frau Rüth hatte das Thema „Gesundheit am Arbeitsplatz“. Als Psychologin und Fachfrau für Gesundheit am Arbeitsplatz wurde referiert über die Themen: **Bewegung, Ernährung und mobile Gesundheit.**

Neben vielen Informationen hatte die Referentin auch praktische Übungen in ihren Vortrag eingebaut. Mit vielen positiven Erfahrungen und Informationen endete der erste Seminartag.

„Denken ist wie googeln – nur krasser“, so hatte die Referentin am zwei-

ten Tag ihren Vortrag überschrieben. Kollegin Dorit Franke aus dem Landesverband Brandenburg konnte für dieses interessante Thema gewonnen werden. Zunächst stellte die Referentin den anwesenden Seminarteilnehmern die Frage: Was macht mich zufrieden?

Die vielfältigen Antworten wurden zum Einstieg in die Thematik genutzt. Die Vorstellung der Generationen der bisherigen Arbeitswelt folgte und wurde intensiv erörtert. Die Teilnehmer wurden aktiv in die Erarbeitung der Arbeitsziele eingebunden. Ganz nach dem Zitat von Albert Einstein: „Es gibt viele Wege zum Glück. Einer davon ist aufhören zu jammern!“

Gegen Ende des Vortrages wurden in Gruppenarbeit Ideen und Vorschläge zusammengetragen, welche Möglichkeiten der Arbeitgeber hat, durch Verbesserungen im Justizvollzug die Arbeitsbedingungen positiv zu verändern.

Der Nachmittag des zweiten Seminartages stand ganz im Zeichen von #DEUTSCHLANDDIGITAL einer aktuellen Wechsausstellung im Haus der Geschichte in Bonn. Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren einen

radikalen, alle Lebensbereiche umfassenden Wandel ausgelöst, dessen ambivalente Auswirkungen zunehmend alle Menschen in aller Welt betreffen, beschreibt das Haus der Geschichte die Zielsetzung der Ausstellung.

Mit mehr als 400 Objekten, Fotos und zahlreichen interaktiven Medienstationen beleuchtet das Haus der Geschichte in Bonn die Entwicklungen und die tiefgreifenden Auswirkungen der Digitalisierung in Deutschland.

Sehr beeindruckt kehrten die Seminarteilnehmer zum Tagungsort zurück. Der letzte Seminartag gestaltete als Referent Kollege Winfried Conrad. Sein Thema lautete: „Wohin entwickeln sich die Berufe im Justizvollzug?“ Intensiv wurden neben der beruflichen Entwicklung auch die vielschichtigen Probleme des bundesdeutschen Justizvollzuges kontrovers erörtert.

Viele personelle Abgänge, kein Nachwuchs, viel zu wenige berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und die mangelnde Wertschätzung für die Berufe hinter den Mauern der Justizvollzugsanstalten wurden diskutiert.

Gut gelaunte Teilnehmer – ausgestattet mit viel Input – beendeten das interessante Bundesseminar und traten die Rückreise in ihre Bundesländer an. ■

Sie geben alles.  
Wir geben alles für Sie:  
mit der DBV Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst.



Sie leisten täglich viel im stressigen Arbeitsalltag. Die **DBV Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung** speziell für **Beamte:innen** bietet Ihnen Schutz von Anfang an – egal, was kommen mag.

Lassen Sie sich von Ihrem/Ihrer persönlichen Betreuer:in in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter [dbv.de/du](http://dbv.de/du).



SEHR GUT  
(1,1)

Berufsunfähigkeitsversicherung der DBV mit Dienstunfähigkeitschutz für Beamte (SBU SDV 04.21)

Im Test: 71 Berufsunfähigkeitsversicherungen  
Ausgabe 5/2021  
[www.test.de](http://www.test.de)

Z1ZU61

Empfohlen vom



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

Eine Marke der AXA Gruppe



## „Grenzenlos kriminell?“

„Ist eine weitere EU-Erweiterung sinnvoll? – Wann ist die Schmerzgrenze erreicht?“



Die Seminar-  
gruppe  
besuchte das  
Europaparla-  
ment in  
Straßburg.

Foto: BSBD

Die Auswirkungen der europäischen Freizügigkeit auf die Entwicklung vor und hinter Gittern, zur Bearbeitung dieser Fragestellung trafen sich über 20 Kolleginnen und Kollegen aus den Landesverbänden in Freiburg.

Bei sommerlichen Temperaturen startete das Seminar mit einem sehr interessanten Vortrag des bayerischen Kollegen **Andreas Pletschacher**. Er referierte bei seinem ersten Einsatz als Vortragender über das Thema: „**Vollzug in Bayern**“. Hier begann er zunächst mit der geschichtlichen Entwicklung. Bayern ist einer der ältesten Staaten Europas. Erster bayerischer Herzog war im Jahr 550 **Garibald I.** Danach übernahm das Geschlecht der Welfen und dann die Wittelsbacher die Macht.

Heute ist Bayern sowohl politisch wie wirtschaftlich ein starker Standort in Deutschland. Auch im Justizvollzug gehen die Uhren teilweise etwas anders als im übrigen Bundesgebiet.

Nicht nur im öffentlichen Dienst, auch in vielen anderen Bereichen ist München ganz vorne anzutreffen. Aber es gibt auch im bayerischen Vollzug Probleme bei der Personalausstattung und der Nachwuchsgewinnung.

Am Vormittag des zweiten Semintages stand der Besuch in der JVA Freiburg auf dem Programm. Der aktiven Vorbereitung des dortigen **BSBD Ortsverbands-** und **Personalratsvorsitzenden Daniel Meurer** war es zu verdanken, dass diese Stippvisite zustande kam. Freundlich begrüßt wurde die Seminargruppe, unter Leitung des Bundesseminarorganisations **Winfried Con-**

**rad** von dem Behördenleiter der JVA Freiburg Herrn Leitenden Regierungsdirektor **Michael Völkel**.

Danach übernahm **Kollege Meurer** die Anstaltsführung in Begleitung eines Kollegen aus dem Bereich des Vollzuglichen Arbeitswesens **VAW**. Neben einigen Arbeitsbetrieben wurde auch der Bereich der Sicherungsverwahrung und der Untersuchungshaft der Jugendlichen besucht. Beeindruckt war die Seminargruppe über die Sauberkeit und Ordnung innerhalb der Anstalt.

Großer Dank gilt auch dem **BSBD Ortsverband**, der den Besuch der Seminargruppe zum Schluss mit einem Mittagessen abrundete. Danach ging es zum Bus, der die Gruppe zum Europaparlament in Straßburg brachte. Dort wurden sie schon erwartet. Zunächst

erläuterte eine sehr kompetente Mitarbeiterin der Einrichtung die Zielsetzung und die Voraussetzungen, die ein Land erfüllen muss, um Mitglied in der EU zu werden.

Als sehr konstruktiv wurde von der Seminargruppe die Möglichkeit bewertet, auch mit Fragen – teils auch sehr kritischen – die ein oder andere Tatsache zu hinterfragen. Nach dieser Informationsveranstaltung hatte die Seminargruppe die Möglichkeit, im Besucherbereich den Ablauf einer Sitzung im EU-Parlament zu verfolgen.

**Kollege Conrad** hatte dankeswerterweise für das Seminar eine Sitzungswoche in Straßburg ausgewählt.

Der letzte Seminartag begann zunächst mit einem Austausch über die aktuellen Probleme des bundedeutschen Justizvollzuges. Immer größere Anforderungen an die Bediensteten bei fehlendem Personal kann auf Dauer nicht zielführend sein, war die einheitliche Meinung der Seminargruppe.

Dann startete **Conrad** mit seinem Thema: „**Grenzenlos kriminell? – Ist eine weitere EU-Erweiterung sinnvoll? – Wann ist die Schmerzgrenze erreicht?**“, so lauteten die Fragestellungen, die auf die Teilnehmenden zukamen. Bei der dazu vorbereiteten Podiumsdiskussion wurden die bei der Thematik entstehenden Spannungsfelder deutlich herausgearbeitet.

Kurzweilig und mit sehr viel Engagement vertraten die Sprecher der einzelnen Interessengruppen ihre Ansichten und Lösungsansätze. Bei strahlendem Sonnenschein traten die Seminarteilnehmer ihre Heimreise an.

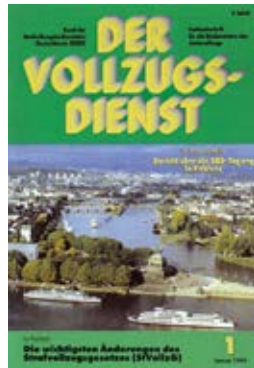


Andreas Pletschacher, Referent JVB.

Foto: BSBD

# 1980 – 2023: Eine lange Wegstrecke endet

Der *Layouter* der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“ verabschiedet sich in den Ruhestand



Der Verfasser dieser Zeilen machte erste Bekanntheit mit der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“ im Jahr 1980. Damals war die Druckerei „Lahrer Anzeiger“ zuständig für Gesamtherstellung der Zeitschrift. Zu dieser Zeit fanden in der Druckbranche gewaltige Umstrukturierungen statt.

Im Druck brachten diese Veränderungen den Wechsel vom *Buchdruck* zum *Offsetdruck* und somit insgesamt bessere Druckergebnisse. Vor allem die Wiedergabe der Fotos im Druck erfuhren mit dem nun dominierenden *Offsetdruck* wesentliche Verbesserungen.

Der *Offsetdruck* und entsprechend geeignete Papiere brachten in relativ kurzer Zeit die Möglichkeit, zu einem vernünftigen Preis farbig zu drucken.

Im Jahr 1980 wurden die Manuskripte der Beiträge aus den **BSBD-Landesverbänden** dem **Schriftleiter** der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“, seinerzeit **Reinhold Frank** (**BSBD BW**), der auch das Amt des **BSBD-Bundvorsitzenden** bekleidete, per Post zugeschickt.

Nach Durchsicht und Bearbeitung fanden die Manuskripte ihren Weg zur weiteren Bearbeitung beim „Lahrer Anzeiger“. Wenn alle Beiträge im Computersatzsystem erfasst, die vorgesehenen Fotos gescannt waren, wurden die „Satzfahnen“ auf Fotosatzpapier belichtet.

Dann kam die Phase des „Klebeumbruchs“ (*Layout-Vorerstellung*). Zusammen mit dem sogenannten „Metteur“ wurde aus Satzfaschen und Fotos, nach Vorgaben des damaligen **Bundesschriftleiters Reinhold Frank** die Seiten für den Druck gestaltet.

Textspalte für Textspalte entstanden so die jeweiligen Ausgaben der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“.

Der damalige „Metteur“ ist der Verfasser dieser Zeilen.

Nach dem unerwarteten Tod von **Reinhold Frank**, übernahm **Franz Hellstern** (**BSBD BW**), ebenfalls **BSBD-Bundvorsitzender**, die **Schriftleitung**.

Die Technik in der Druckvorstufe hatte sich mittlerweile weiterentwickelt. Statt *Klebeumbruch* war jetzt die *Ganzseiten-Gestaltung* am Bildschirm das Maß der Dinge.

Der Druck wurde *4-farbig*. Die Seitenumfänge und die Auflagenhöhe der Fachzeitschrift sind, bedingt durch die Wiedervereinigung und in deren Folge neugegründeter **BSBD-Landesverbände**, kräftig gestiegen.

**Peter Zielinski** (**BSBD BW**) folgte in der **Bundesschriftleitung** auf **Franz Hellstern**. Die E-Mail hatte ihren Siegeszug fortgesetzt und war jetzt ein wesentlicher Bestandteil der täglichen Arbeit. Papier-Manuskripte per Post gehörten größtenteils der Vergangenheit an. Die Beiträge und Fotos für den *Vollzugsdienst* landeten – nach Durchsicht und notwendigen Korrekturen durch den **Schriftleiter** – jetzt im

elektronischen Postfach. Auf einen *Vorabumbruch* konnte verzichtet werden. Die Vorgaben für das *Layout* beschränkten sich darauf Reihenfolge und Bildzuordnung der im Heft zu platzierenden Beiträge festzulegen.

Vor Druckbeginn wurde der **Schriftleitung** ein finales Korrektur-PDF zur Freigabe per E-Mail übermittelt.

Eventuelle vorhandene Fehler (*Druckfehlerteufel*) konnten so noch rechtzeitig erkannt und behoben werden.

An dieser Vorgehensweise hat sich bis heute im Wesentlichen nichts mehr geändert.

Nachdem 2012 die Eigentümer der Druckerei „Lahrer Anzeiger“ die Geschäftsaufgabe beschlossen haben, hat sich der Unterzeichner entschlossen mit der „MedienPartner GmbH“ die Herstellung der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“ fortzuführen. Die damaligen **BSBD-Verantwortlichen** waren mit dieser Lösung einverstanden.

Fortan war die **MedienPartner GmbH** zuständig für die Gesamtherstellung der Fachzeitschrift.

In der **Bundesschriftleitung** folgte auf **Peter Zielinski** (**BSBD BW**) **Burkhard Neumann** (**BSBD Brandenburg**), **Anja Müller** (**BSBD Hessen**) und der aktuelle **Schriftleiter Martin Kalt** (**VNSB Niedersachsen**).

Unter der Leitung von **Anja Müller** wurde die Möglichkeit geschaffen, die zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge aus den **BSBD-Landesverbänden** direkt auf den **BSBD-Cloud-Server** zu übertragen. Somit wurde die Datenübermittlung per E-Mail erheblich reduziert und ein zentraler Speicherort für die Aktivitäten des **BSBD** war geschaffen. Prägende Einsichten, unter anderem was das Niveau der Veröffentlichungen anbelangte, hat der Verantwortliche für die NRW-Seiten **Friedhelm Sanker** (**BSBD NRW**) über die jahrzehntelange Zeit der Zusammenarbeit beim Verfasser hinterlassen. Das NRW-Layout war immer ein Zusammenspiel „on-demand“. Wochenendeinsätze waren keine Seltenheit, wenn es darum ging die Deadline, die der unerbittliche Drucktermin definierte, einhalten zu können.

## Im stetigen Wandel: Die Titelseiten und das Layout der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“

Immer wieder hat sich das Erscheinungsbild der Fachzeitschrift geändert. Die oben abgedruckten Titelseiten seit 1980 geben Zeugnis des immerwährenden Wandels der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“.

Der Unterzeichner verabschiedet sich nun zum 31.12.2023 in den Ruhestand und wünscht dem **BSBD**, verbunden mit herzlichem Dank für die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit, alles Gute und weiterhin viel Erfolg in der Medienwelt, mit der Fachzeitschrift „Der Vollzugsdienst“.

Karl Heinz Löffel

Werden Sie Mitglied

**BSBD**

Gewerkschaft Strafvollzug

**WIR**  
stehen  
zusammen!

Aus dem  
Vollzug,  
für den  
Vollzug

**BSBD**

Mehr  
Informationen:  
[www.bsbd.de](http://www.bsbd.de)



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

BB  
Bank  
Better Banking

# Noch kein Konto bei uns?

Jetzt ganz bequem zur  
BBBank wechseln

Bis zu  
**150 €**  
Startprämie<sup>1</sup>

On Top  
**50 €**  
für dbb-Mitglieder  
und ihre  
Angehörigen



**Jetzt informieren**  
in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon  
unter 0721 141-0 oder auf  
[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)

<sup>1</sup> Voraussetzungen Startprämie: 75,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokonto, mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten, Aktion endet spätestens zum 31.12.2023.